



Verwaltung befeuert die Zuwanderung

Das Wichtigste in Kürze:

- Die Verwaltung entzieht der Wirtschaft pro Jahr rund 3000 Beschäftigte.
- Diese Personen fehlen im Arbeitsmarkt und erhöhen die Zuwanderung in die Schweiz.
- Die Zahl der Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung erhöhte sich in den letzten 20 Jahren um fast 38 Prozent.

Die Schweiz verzeichnet seit Jahren eine hohe Zuwanderung – ein Phänomen, das sowohl durch globale Krisen als auch durch den wirtschaftlichen Erfolg des Landes erklärt wird. Gleichzeitig wächst die öffentliche Verwaltung stark und entzieht der Privatwirtschaft so wichtige Arbeitskräfte.

Die Nettozuwanderung in die Schweiz war in den letzten Jahren hoch, was auf zwei zentrale Gründe zurückzuführen ist: Einerseits die Asylmigration, bedingt durch Konflikte wie den Krieg in der Ukraine und andererseits der wirtschaftliche Erfolg, der zu einer steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften führte. Diese Nachfrage konnte nicht allein mit Inländern gedeckt werden, darum musste die Wirtschaft auch vermehrt aus dem Ausland rekrutieren, vor allem aus Europa im Rahmen der Personenfreizügigkeit. Dabei entscheiden nicht Beamten über die Höhe der Zuwanderung, sondern die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Obwohl die öffentliche Verwaltung keinen direkten Einfluss auf die Höhe der Zuwanderung hat, wirkt sie sich indirekt stark aus: Jede Arbeitskraft, die in der öffentlichen Verwaltung beschäftigt ist, wird der Privatwirtschaft für produktive Tätigkeiten entzogen.

Öffentliche Verwaltung wächst massiv

Warum das wichtig ist? In den letzten Jahren hat die öffentliche Verwaltung fleissig rekrutiert. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich in den letzten 20 Jahren um fast 38 Prozent. Damit fällt das Wachstum der Beschäftigten im Vergleich zur übrigen Wirtschaft überdurchschnittlich aus. Bereits 2003 waren rund 157'000 Personen bei der Verwaltung beschäftigt, heute sind es über 217'000 Beschäftigte. Das ist ein Plus von knapp 60'000 Personen in den letzten 20 Jahren. Oder anders ausgedrückt: Die öffentliche Verwaltung entzieht dem Arbeitsmarkt im Schnitt fast 3'000 Arbeitskräfte pro Jahr.

Mehr Verwaltung bedeutet mehr Zuwanderung

Viele Branchen in der Schweiz weisen einen signifikanten Anteil an ausländischen Arbeitskräften aus. In einigen Branchen wie der Beherbergung und der Gastronomie liegt der Anteil deutlich über 40 Prozent. Die Dienstleistungen, die wir heute in deren Unternehmungen geniessen können, wären ohne arbeitsmarktbezogene Zuwanderung undenkbar. Auch in besonders wertschöpfungsstarken Branchen wie der Pharmaindustrie und in der Forschung und Entwicklung beschäftigen die Unternehmen viele ausländische Arbeitskräfte. Die Konkurrenz der öffentlichen Verwaltung auf dem Arbeitsmarkt ist je nach Branche unterschiedlich. Klar ist aber, dass die Unternehmen in der Privatwirtschaft mehr Personen im Ausland rekrutieren müssen, wenn der Staat viele Inländer in der Verwaltung beschäftigt (was er offensichtlich tut).

Die Schweiz ist und wird auch in Zukunft auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sein, wenn wir unseren Wohlstand und die Versorgungsqualität in verschiedensten Bereichen sichern wollen. Dies vor allem auch, weil die Erwerbsbevölkerung im Inland aufgrund der demografischen Entwicklung schrumpft. Um die Zuwanderung ohne Wohlstandsverlust zu dämpfen, braucht es Massnahmen im Inland. Eine offensichtliche Stellschraube ist das starke Wachstum der öffentlichen Verwaltung. Eine Beschäftigung beim Staat ist für den Einzelnen attraktiv, nicht zuletzt, weil der Staat überhöhte Löhne im Vergleich zur Privatwirtschaft zahlen kann. Gesamtwirtschaftlich macht es auch mit Blick auf die hohe Zuwanderung mehr Sinn, wenn diese Arbeitskräfte den Unternehmen zur Verfügung stehen, um Wertschöpfung und Wohlstand zu generieren.

Dieser Beitrag erschien am 12. Dezember 2024 als Gastkommentar im [Nebenspalter](#).